

## Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 23.11.2011, 17:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Herr Norbert Frieling	CDU	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Herr Uwe Kombrink	CDU	ab 17.47 Uhr, TOP 2 ö. S.
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	ab 17.45 Uhr, TOP 2 ö. S.
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr Ralf Nielsen	SPD	Vertreter für Thomas Stallmeyer
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	
<b>beratende Mitglieder</b>		
Herr Klaus Schneider	AfC	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Holger Ludorf	FB 60	bis TOP 3 ö. S.
Herr Hermann Richter	FBL 30	bis TOP 3 ö. S.
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schrifführung: Frau Eike Schwering

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:20 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt: Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung / Ergebnisse  
Vorlage: 245/2011
- 3 Reiningstraße: Bericht über die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung  
Vorlage: 238/2011
- 4 Neubebauung des Grundstücks östlich der Jakobikirche - Aufstellungsbeschluss  
8.Änd. BPlan Nr. 5 Neuordnung Innenstadt  
Vorlage: 252/2011
- 5 Bebauungsplan Nr. 039 "Jakobistraße" / 2. Änderung  
Vorlage: 204/2011
- 6 Bebauungsplan Nr. 8 "Hof Hellermann", 2. Änderung  
Vorlage: 228/2011
- 7 Anträge nach § 24 GO - Ausweisung weiterer Konzentrationszonen Windkraft in Stevede  
Vorlage: 199/2011
- 8 3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste  
Vorlage: 251/2011
- 9 Budgetbericht per 30.09.2011  
Vorlage: 243/2011
- 10 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Dickmanns informiert über den Stand der Abbrucharbeiten der ehemaligen Mannschaftsgebäude auf dem Kasernengelände. Er gehe davon aus, dass der Abbruch von 22 Gebäuden Mitte März abgewickelt sei und anschließend die Fläche für die Grüne Mitte hergerichtet werden könne, so dass die Maßnahme April/Mai 2012 abgeschlossen sein werde. Der Auftrag für die Herstellung der Artenschutzhäuser sei teilweise an die IPB vergeben worden. Im Bereich des ersten Abschnittes der Grünen Mitte wurde zwischenzeitlich die Heide gesetzt; die Entwicklung der Pflanzen dauere bis zu drei Jahren.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Laubabfuhr in diesem Jahr terminmäßig besser koordiniert werden konnte. Die Grünabfuhr erfolgte Mitte November, die Laubabfuhr durch die Landjugend finde am 03.12.2011 statt.

Herr Schmitz berichtet über eine Information der Bezirksregierung zum Stand der Fortschreibung des Regionalplanes. Im Beteiligungsverfahren seien über 5.000 Einwendungen bei der Bezirksregierung eingegangen. Angesichts des umfangreichen Abwägungsverfahrens könne mit einem Beschluss des Regionalplanes nicht vor Ende 2012 gerechnet werden.

Auf Grundlage der bundesdeutschen Energiewende 2011 habe der Regionalrat am 04.07.2011 beschlossen, das Kapitel VI „Energie“ des Planentwurfes zu überarbeiten. Herr Backes ergänzt, dass in dieser Woche eine Informationsveranstaltung der Bezirksregierung zum Thema „Energie“ stattgefunden habe, in der auch sämtliche Belange zum Bereich Windenergie angesprochen worden seien. Das Kapitel VI des Regionalplanentwurfes könne in 2012 nicht mehr abschließend bearbeitet werden, da darin zzt. erarbeitete Vorgaben des Landesentwicklungsplan einfließen müssten. Den Kommunen sei empfohlen worden, das Thema parallel auf kommunaler Ebene (FNP) zu erarbeiten. Es sei zugesichert worden, die Vorschläge zu berücksichtigen. Bis dahin gelte das bisherige Recht.

Herr Schmitz gibt anhand eines Übersichtsplanes einen Zwischenbericht zur Ansiedlung eines K + K-Marktes an der Daruper Straße und erläutert die Vorstellung des Investors. Das Gebäude mit Backshop und Sitzgelegenheit mit einer Verkaufsfläche von 1298 m<sup>2</sup> werde parallel zur Daruper Straße errichtet. Geplant seien 78 Stellplätze. Das Grundstück werde über zwei Zufahrten erschlossen, die Anlieferung werde eingehaust. Der Radfahrerverkehr werde ab der Einmündung Bahnhofstraße auf die Fahrbahn geführt. Klärungsbedarf bestehe noch hinsichtlich der Fassaden- und Freiflächengestaltung sowie zur der Fortführung der Allee.

TOP 2	Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt: Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung / Ergebnisse Vorlage: 245/2011
-------	--

Zu Beginn der Erörterung macht Herr Backes noch einmal deutlich, dass es sich um ein grundsätzliches städtebauliches und verkehrstechnisches Problem handele. Mit Entwicklung der Fußgängerzone seien Verkehrsverlagerungen in die nordwestliche Innenstadt erfolgt, die Folgen gelte es zu lösen. Er gibt einen ausführlichen Überblick über die Historie mit den verschiedenen Lösungsansätzen seit den 1970er Jahren, die aber nicht zum Tragen gekommen seien und z.T. heute auch nicht mehr zielführend wären, wie z.B. der Ringschluss unter Nutzung der Bahntrasse.

Anschließend erläutert Herr Ludorf noch einmal die Ziele der Planung und die während der Probephase ergänzend durchgeführten Maßnahmen. Er informiert über die Kritikpunkte und stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung vor. Weiterhin berichtet er über die Ergebnisse der letzten Arbeitskreissitzung am 08.11.2011 und informiert über die sonstigen Aspekte wie z. B. Umsatzeinbußen des Einzelhandels, Verkehrsführung während der Kirmes sowie Reaktionen der Schulen. Das Maßnahmenpaket sei zu ergänzen. Ansatzpunkte hierfür wurden in der Arbeitskreissitzung erarbeitet. Herr Backes ergänzt, dass die Ziele in Teilen erreicht wurden, so dass es eine nachhaltige Lösung geben könnte. Daher empfehle die Verwaltung, ergebnisoffen weiter zu arbeiten. Eine Rückkehr zur alten Lösung habe erhebliche, negative Auswirkungen für die Stadtentwicklung.

In der ausführlichen Diskussion betont Herr Tranel, dass die CDU-Fraktion die vorliegenden Ergebnisse intensiv ausgewertet habe. Es sei richtig gewesen, dem Projekt eine Chance zu geben, die durchgeführten Maßnahmen hätten jedoch nicht zum Ziel geführt, sondern vielmehr auch Probleme aufgezeigt, die ausgeschlossen werden sollten bzw. vorher nicht erwartet wurden. Dem Arbeitskreis sei eine hohe Anerkennung auszusprechen. Es gehe aber nicht nur um eine Entlastung der nordwestlichen Innenstadt. Erreichte Verbesserungen an einer Stelle führten zu Problemen in anderen Bereichen. Die Ergebnisse seien ernüchternd. Unter Berücksichtigung des Bürgerwillens könne seine Fraktion der Empfehlung der Verwaltung nicht folgen und befürworte eine Wiederherstellung des alten Zustandes. Der Folgen für die Stadtentwicklung sei man sich bewusst. Dennoch dürfe nicht auf dem Rücken der Bürger getestet werden. Eine Entscheidung sei erst jetzt nach Vorlage der Ergebnisse möglich gewesen. Die Maßnahme stecke in einer Sackgasse, aus der nun zurückzufahren sei.

Herr Kraska führt für die FDP-Fraktion aus, dass es keine Lösung zur Zufriedenheit aller geben könne. Es sei eine Entscheidung zu treffen, die in die Zukunft führe; die Gesamtverkehrsführung um die Innenstadt müsse funktionsfähig gehalten werden. Da sich eine Mehrheit zur Lösung der Verkehrsprobleme nicht abzeichne und eine Entlastung der Kreuzung Borkener Straße/Basteiring/Süringstraße/Gerichtsring spätestens mit einer Entwicklung des Postareals erforderlich werde, müsse auch Udenkbares gedacht werden. Um die Verkehrsflüsse in der nordwestlichen Innenstadt zu verbessern stellt die FDP-Fraktion den Antrag, die Achse Süringstraße/Bernhard-von-Galen-Straße wieder für den Fahrzeugverkehr zu öffnen und die Verwaltung zu beauftragen, Möglichkeiten der Öffnung dieser Verkehrsachse zu prüfen und in die Wege zu leiten.

Herr Peters nimmt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. das Umdenken der CDU-Fraktion positiv zur Kenntnis und wiederholt den Antrag vom 10.11.2011 an den Rat, den Beschluss 286/2010 über die geänderte Verkehrsführung der nordwestlichen Innenstadt zurückzunehmen und die Stadt als Straßenverkehrsbehörde zu beauftragen, die Probephase abzubrechen und die alte Verkehrsführung innerhalb einer Woche wieder herzustellen. In der Sitzungsvorlage 245/2011 werde die Verdrängungsstruktur ausführlich beschrieben. In nur drei Knotenpunkten sei der Verkehr gesunken, in allen

anderen jedoch erheblich gestiegen. Auch die beschriebene Situation der Kaufmannschaft mache betroffen. Eine Änderung der Strukturen zerstöre Existenzen. Eine Weiterführung des Versuchs bedeute auch eine Finanzierung durch weitere Steuergelder.

Frau Ahrendt-Prinz führt für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen aus, dass auch ihre Fraktion die Stimmung in der Bevölkerung wahrgenommen habe, dazu gehören aber auch positive Rückmeldungen. Die Arbeit der Arbeitsgruppe habe viel Zuspruch gefunden, es müsse gesamtpolitisch entschieden werden. Die Maßnahmen hätten durch die Reduzierung des Durchgangsverkehrs von 41 % einen Erfolg gebracht, andererseits habe dieser Erfolg leider zu einer überproportionalen Belastung der Bewohner der Wetmar-, Neutor- und Neustraße geführt. Verhaltensänderungen benötigten Zeit. Es gehe nicht um die permanente Verkehrsbelastung, sondern um eine Reduzierung in Spitzenzeiten. Sie stellt den Antrag, den Schulbusverkehr zum Heriburg-Gymnasium aus dem Gebiet herauszunehmen. Die Haltestelle an der Seminarstraße sollte an das Schulzentrum verlegt werden. Den Schülerinnen und Schülern sei zuzumuten, den Schulweg von dort aus zu Fuß zurückzulegen. Dies führe zu einer Entlastung der betroffenen Straßen.

Herr Schneider zeigt sich beeindruckt von der Arbeit der Bürgerinnen und Bürger im Arbeitskreis. Die Fraktion Aktiv für Coesfeld spreche sich dafür aus, den Probetrieb fortzuführen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Busverkehr zu reduzieren, werde unterstützt.

Herr Nielsen spricht sich für die SPD-Fraktion für eine Fortsetzung der Probephase aus. Seit Jahren gebe es Probleme mit der Verkehrsführung. Ein Abbruch der Versuchsphase ohne Alternative sei nicht der richtige Weg und würdige nicht die Arbeit der Beteiligten im Arbeitskreis. An dem positiven Gestaltungswillen müsse weiter gearbeitet werden.

Herr Backes weist zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen darauf hin, dass ein Wegfall der Schulbuslinie eine Schwächung des Schulstandortes Heriburg-Gymnasium bedeuten könne. Auch könne der Regionalbusverkehr nicht heraus genommen werden. Auch zeigt er auf, dass sich eine Öffnung der Süringstraße negativ auf die Innenstadt auswirke. Die Entwicklung des Einzelhandels werde ernst genommen. Jede Änderung einer Verkehrsführung habe Auswirkungen auf die Einzelhandelsstandorte. In der Kürze der Zeit konnten von den Einzelhändlern keine konkreten Zahlen vorgelegt werden, mit denen eine Abwägung vorgenommen werden könne. Die Verwaltung empfehle ganz deutlich, den Versuch weiterzuführen und aus Fehlern zu lernen. Z. B. könne durch eine Öffnung der Pumpengasse ein Ansatzpunkt für den Einzelhandel gegeben sein.

Im weiteren Verlauf der Diskussion beantragt Herr Kraska für die FDP-Fraktion, die in der Präsentation angesprochenen Änderungsvorschläge einmal detailliert vorzustellen und zu erläutern. Bei Abbruch des Versuches sei man verpflichtet, weitere Lösungen zu finden. Eine Abstimmung ohne weitere Details sei für ihn nicht möglich.

Hierzu ist Herr Nielsen für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass eine Durcharbeitung der Vorschläge an dieser Stelle nicht zielführend sei. Er macht noch einmal deutlich, dass die Wiederherstellung des alten Zustandes nur ein möglicher Weg sei.

Herr Tranel stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, dem Rat die Beendigung der Versuchsphase zu empfehlen und der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, den alten Zustand wiederherzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. teilt Herr Tranel mit, dass eine Zeitschiene bewusst nicht gesetzt sei. Herr Backes sichert zu, in Abstimmung mit der Polizei bis zur Ratssitzung 22.12. einen Vorschlag zu erarbeiten, wie schnell ein Rückbau durchgeführt werden könne. Dabei seien die Witterungsverhältnisse zu berücksichtigen.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über die Anträge der Fraktionen abstimmen.

**Beschluss:**

Antrag der CDU-Fraktion (Beschluss 1):

Es wird beantragt, dem Rat zu empfehlen, die Versuchsphase zur Änderung der Verkehrsführung in der nordwestlichen Innenstadt abubrechen und der Verwaltung den Auftrag zur unverzüglichen Wiederherstellung des alten Zustandes zu erteilen.

Antrag der FDP-Fraktion (Beschluss 2):

Um die Verkehrsflüsse der nordwestlichen Innenstadt zu verbessern, ist es erforderlich, die Achse Süringstraße/Berhard-von-Galen-Straße wieder für den Fahrzeugverkehr zu öffnen. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten der Öffnung dieser Verkehrsachse zu prüfen und in die Wege zu leiten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Beschluss 3):

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Schulbusverkehr aus dem Quartier herauszuhalten.

Antrag FDP-Fraktion auf Information:

Präsentation von Änderungsvorschlägen durch Herrn Ludorf.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschluss 1 (Antrag CDU-Fraktion )	7	4	1
Beschluss 2 (Antrag FDP-Fraktion)	4	8	0
Beschluss 3 (Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	4	6	2
Antrag FDP-Fraktion auf Information	von Herrn Kraska zurückgenommen		

Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion angenommen, dem Rat zu empfehlen, die Versuchsphase zur Änderung der Verkehrsführung in der nordwestlichen Innenstadt abubrechen und der Verwaltung den Auftrag zur unverzüglichen Wiederherstellung des alten Zustandes zu erteilen.

Im Anschluss an die Abstimmung protestiert Herr Kraska für die FDP-Fraktion gegen die Form der Sitzungsleitung und die Reihenfolge der Abstimmungen.

**TOP 3**    Reiningstraße: Bericht über die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung  
Vorlage: 238/2011

Herr Backes korrigiert eine nicht richtige Aussage aus der letzten Ratssitzung zu einer Anfrage der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. bezüglich der Poller. In der Diskussion regt Herr Tranel für die CDU-Fraktion an, die Betonringe durch Kegel zu ersetzen. Die Vertreter der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. regen an, sofern es verkehrstechnisch möglich sei, weder Ringe noch Kegel oder Poller aufzustellen. Hierzu erläutert Herr Ludorf, dass Ringe bzw. Poller dem Schutz der Radfahrer und einer Verdeutlichung der Rechts-vor-links-Regelung dienen.

**Beschluss:**

Die Beibehaltung der Tempo-30-Zone wird begrüßt. Die in den Kreuzungsbereichen aufgestellten Betonringe sind zu entfernen und durch Kegel oder Poller zu ersetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	5	3	4

**TOP 4**    Neubebauung des Grundstücks östlich der Jakobikirche - Aufstellungsbeschluss  
8.Änd. BPlan Nr. 5 Neuordnung Innenstadt  
Vorlage: 252/2011

Herr Schmitz stellt dem Ausschuss die Arbeiten vor, informiert über die Bewertung der Jury und erläutert den Überarbeitungsbedarf für den empfohlenen Entwurf des Architekturbüros Bastian. Die Maßnahme wurde dem Gestaltungsbeirat am 21.11.2011 vorgestellt. Der Beirat hat sich der Entscheidung der Bewertungskommission angeschlossen und das Projekt in seiner jetzigen Form bei Beachtung der Empfehlungen positiv bewertet.

In der ausführlichen Diskussion sieht Herr Kraska für die FDP-Fraktion in der verkehrlichen Erschließung und im Nachweis der notwendigen Stellplätze für die geplante Hotelenerweiterung, 40 Wohneinheiten und Besucherverkehr Probleme. Hierzu benötige er für eine Entscheidung eine klare Aussage. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass sich die geplante enge, würfelförmige Bebauung nicht in die Innenstadtbebauung einfüge. Zwar sei seine Fraktion grundsätzlich der Auffassung, Bauherren und Investoren freie Hand bei der Gestaltung ihrer Vorhaben zu gewähren, in diesem Fall könne er einer Flachdachbebauung aber nicht zustimmen.

Herr Tranel sieht für die CDU-Fraktion ebenfalls die problematische Stellplatzsituation und bittet die Verwaltung um Erläuterung der Formulierung in der Sitzungsvorlage, einer Stellplatzablösung zunächst nicht zuzustimmen. Herr Backes führt aus, dass der Entwurf in Bezug auf die 10 zwingend zu erhaltenden oberirdischen Stellplätze überarbeitet werden müsse. Die 20 öffentlich nutzbaren Stellplätze konnten bei Aufstellung des Bebauungsplanes

nicht als Eigentum erworben werden. Hier bestehe lediglich ein Nutzungsvertrag mit einer Restlaufzeit von zwei oder drei Jahren. In der geplanten Tiefgarage sei daher die Schaffung von 20 öffentlich zugänglichen Stellplätzen vorgesehen. Stellplätze seien entsprechend der Vorgaben der Bauordnung zu schaffen; hier sehe die Verwaltung keine Kompromissmöglichkeit. Ergänzend weist er darauf hin, dass anhand historischer Karten und Bilder festgestellt wurde, dass es keine Straßenrandbebauung gegeben habe. Die Fläche sei als gartenartiges Gelände mit Einzelgebäuden (Pastorat/Schule St. Jakobi) genutzt worden und habe städtebaulich im Zusammenhang mit dem Park rund um das Stadtschloss gestanden. Die geplante Einzelhausbebauung mit Flachdachausbildung erfordere eine Grundsatzentscheidung. Diese stelle für den Investor ein Signal für die weitere Planung dar. Das vorliegende Konzept sei nur mit Flachdächern machbar. Satteldächer würden eine völlig geänderte Konzeption erfordern.

Herr Peters lobt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. die gelungene Architektur. Es entstehe ein neues Quartier mit einer hervorragenden Qualität. Allerdings müsse die Stellplatzfrage beachtet werden. Ggf. sei ein verminderter Stellplatzbedarf lt. Bauordnung bei der Schaffung von Altenwohnungen anwendbar.

Frau Ahrendt-Prinz sieht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bauweise kritisch. Das Quartier werde erheblich verdichtet, die Stellplatzfrage sei nicht geklärt, die Hotelenerweiterung ziehe weiteren Verkehr an. Problematisch sei die gewählte Dachform, die für Fotovoltaikanlagen nicht nutzbar sei. Auch sei eine Begrünung nicht vorgesehen. Hierzu entgegnet Herr Peters, dass statt Fotovoltaikanlagen die Errichtung von Blockheizkraftwerken energieeffizienter und zukunftsorientierter sei.

Nach weiterer Diskussion beantragt Herr Tranel für die CDU-Fraktion, bei der Einleitung der notwendigen Verfahrensschritte folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Verzicht auf eine Stellplatzablösung
- Erarbeitung eines schlüssigen Energiekonzeptes
- Begrünung der Flachdächer

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wird über die Beschlussvorschläge 1 und 2 mit der beantragten Ergänzung bloc abgestimmt.

### **Beschlussvorschlag 1:**

Der Rat schließt sich der Empfehlung der Bewertungskommission an, den Entwurf des Büros Bastian aus dem Architekten- und Investorenverfahren „Neubebauung des Grundstücks östlich der Jakobikirche“ der weiteren städtebaulichen Entwicklung zu Grunde zu legen.

Die Verwaltung wird mit der Einleitung folgender Verfahrensschritte beauftragt:

- Einleitung des Verfahrens zur 8. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 „Neuordnung Innenstadt“. Die Empfehlungen des Beurteilungsgremiums und die Anregungen des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen (Verzicht auf eine Stellplatzablösung Erarbeitung eines schlüssigen Energiekonzeptes, Begrünung der Flachdächer) sind zu berücksichtigen. Die B-Planänderung wird in die Prioritätenliste des FB 60 aufgenommen.
- Vorbereitung eines Kaufvertrages für die von der Stadt benötigten im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücksteilflächen

- Erarbeitung eines städtebaulichen Vertrages, sofern weitergehende Anforderungen dort besser geregelt werden können als in den Festsetzungen des Bebauungsplanes.
- Abschluss eines Kostenübernahmevertrages für das Bebauungsplanverfahren

**Beschlussvorschlag 2:**

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Neuordnung Innenstadt“ auf der Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchzuführen.

Das Änderungsgebiet wird im Norden durch die *Ritterstraße*, im Westen durch die *Letter Straße*, im Süden durch die *Kellerstraße*, im Osten durch die Straßenbordlinie der *Begüldenstraße* umgrenzt.

Die genaue Abgrenzung des Änderungsbereiches ergibt sich aus dem der Einladung beigefügten Übersichtsplan.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlüsse 1 und 2	11	1	0

TOP 5	Bebauungsplan Nr. 039 "Jakobistraße" / 2. Änderung Vorlage: 204/2011
-------	---

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird über die Beschlussvorschläge 1 bis 6 en bloc abgestimmt.

**Beschlussvorschlag 1:**

**Einwendung Kreis Coesfeld / Brandschutzdienststelle**

Die Anregung der Brandschutzdienststelle wird zur Kenntnis genommen, stellt jedoch keinen Belang der Bauleitplanung dar. Die Stellungnahme ist als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 2:**

**Einwendung Fachbereich 30 / Feuerwehr**

Die Anregung der Feuerwehr wird zur Kenntnis genommen, stellt jedoch keinen Belang der Bauleitplanung dar. Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 3:**

**Einwendung Abwasserwerk der Stadt Coesfeld**

Die Anregung des Abwasserwerkes wird zur Kenntnis genommen. Durch den Bebauungsplan werden die genannten Aspekte bereits berücksichtigt. Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 4:**

**Einwendung Fachbereich 70**

Es wird beschlossen die Anregungen des Fachbereichs 70 zu berücksichtigen. Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 5:**

**Einwendung Horst Prüfe**

Es wird beschlossen der Einwendung nicht zu folgen. Die Stellungnahme ist der Einladung als Anlage beigefügt.

**Beschlussvorschlag 6:**

**Satzungsbeschluss**

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 039 „Jakobistraße“, einschließlich der in den Plan aufgenommenen örtlichen Bauvorschriften nach der Bauordnung Nordrhein-Westfalen wird als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 619),

gemäß § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW Seite 256) in der zz. gültigen Fassung, gemäß § 51a des Landeswassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) vom 25.06.1995 (GV NRW Seite 926) in der zz. gültigen Fassung, gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in der zz. gültigen Fassung.

**Beschlussvorschlag 6:**

**Beschluss der Begründung**

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 039 „Jakobistraße“ / 2. Änderung in der Fassung Mai 2011 wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschläge 1 bis 6	12	0	0

TOP 6	Bebauungsplan Nr. 8 "Hof Hellermann", 2. Änderung Vorlage: 228/2011
-------	--

Herr Peters spricht sich im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. für eine Ausweisung der Fläche als Bauland aus.

**Beschlussvorschlag 1 – Umnutzung Bauland :**

Es wird beschlossen die Verwaltung zu beauftragen für den Bebauungsplan Nr. 8 „Hof Hel- lermann“ ein Änderungsverfahren durchzuführen, um die bestehende Grünfläche aus dem Pflegeprogramm des Baubetriebshofes zu nehmen und sodann im B-Plan als Wohnbauflä- che auszuweisen sowie den Verkauf der Fläche als Bauland weiterzuverfolgen.

**Beschlussvorschlag 2 (Alternative) – Erhalt Grünfläche unter der Maßgabe Pflege:**

Es wird beschlossen die Verwaltung zu beauftragen mit der Nachbarschaft Hemingkamp eine Vereinbarung über die Nutzung und Pflege der Grünfläche zu treffen.

**Beschlussvorschlag 3 (Alternative) – Nachbarschaft Hemingkamp:**

Es wird beschlossen, dass die durch die Stadt zu pflegende Grünfläche als Treffpunkt der Nachbarschaft Hemingkamp erhalten bleibt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschluss 1	3	8	1
Beschluss 2	9	0	3

TOP 7	Anträge nach § 24 GO - Ausweisung weiterer Konzentrationszonen Windkraft in Stevede Vorlage: 199/2011
-------	--

**Beschlussvorschlag (Haupt- und Finanzausschuss):**

Die Anträge nach § 24 GO werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen überwiesen. Eine Entscheidung trifft der Rat zu einem späteren Zeit- punkt im Zusammenhang mit einem möglichen Verfahren zur Änderung des Flächennut- zungsplanes (s. Vorlage 198/2011). Bei weiteren eingehenden Anträgen ist entsprechend zu verfahren.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	12	0	0

TOP 8	3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste Vorlage: 251/2011
-------	--

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9	Budgetbericht per 30.09.2011 Vorlage: 243/2011
-------	---

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10	Anfragen
--------	----------

Herr Peters erkundigt sich nach der Anfrage eines Herrn Hessel zum Tausch einer Parkplatzfläche mit einer Ackerlandfläche unter Zuzahlung von 30.000 €.

Herr Backes bestätigt einen entsprechenden Antrag. Es handele sich jedoch um eine vertragliche Angelegenheit, über die nur in nicht öffentlicher Sitzung berichtet werden könne.

Weiterhin weist Herr Peters auf die schlechte Sicherung der Baustelle Osterwicker Straße hin. Durch die Sperrung des Radweges müssten die Kinder durch das Baugebiet fahren.

Herr Dickmanns teilt mit, dass es sich um eine Baustelle des Abwasserwerkes handelte. Der Radweg sei zwischenzeitlich wieder freigegeben.

Frau Ahrendt-Prinz fragt, warum im Rahmen der Baumaßnahme Osterwicker Straße drei oder vier Straßenbäume ohne Bürgerinformation entfernt wurden und ob eine Ersatzanpflanzung erfolge.

Herr Dickmanns verweist auch hier auf eine Maßnahme des Abwasserwerkes mit der Maßgabe, die Bäume zu erhalten. Allerdings hatten sich die Baumwurzeln unter dem Radweg um den Kanal herum ausgebildet. Diese mussten bei Austausch der Leitungen entfernt werden. Durch den Einsatz großer Baumaschinen seien weitere Wurzeln beschädigt worden, so dass die Standsicherheit der Bäume nicht mehr gewährleistet war. Eine Ersatzanpflanzung werde durch das Abwasserwerk erfolgen.

Herr Korth erkundigt sich nach dem Sachstand zur Anlegung der Bushaltestelle am Overhagenweg.

Herr Dickmanns erläutert die Fördermodalitäten und teilt mit, dass geplant sei, mit der Planung im Winter 2011/12 zu beginnen, die Ausschreibung zeitig nach Verabschiedung des Haushaltes vorzunehmen und die Maßnahmen in 2012 umzusetzen.

Herr Kramer weist darauf hin, dass das Gewässer im Baugebiet Nordwest nicht mehr gereinigt werde. Er erkundigt sich nach dem Mehraufwand und nach dem Kostenträger.

Die Verwaltung wird beim Abwasserwerk nachfragen und berichten.

Herr Tranel fragt, ob die im Zusammenhang mit der Waschbox an der Dülmener Straße entfernten Bäume ersetzt würden.

Herr Backes berichtet, dass die Abwicklung der Maßnahme äußerst negativ verlaufen sei. Die Bäume befanden sich nicht auf öffentlicher Fläche. Eine vertragliche Vereinbarung bestand nicht.

Norbert Frieling  
Vorsitzender

Eike Schwering  
Schriftführerin